

Kapitalismus abschaffen, Faschismus entwurzeln!



Foto: © Jewgeni Chaldej/Volker Ernst

Der Tag der Befreiung der Menschheit vom NS-Faschismus durch die Sowjetunion, Großbritannien und die USA jährt sich am 8. Mai 2005 zum 60. Mal. Solche Jahrestage wurden und werden von reaktionären und offen faschistischen Kräften immer auch dazu genutzt, ihre geschichtsrevisionistischen Lügen in die Öffentlichkeit zu tragen. Die Einzigartigkeit des systematisch geplanten industriellen Massenmords an den Juden und Jüdinnen soll aufgehoben werden wie die Ermordung von Sinti und Roma, Behinderten, Homosexuellen, WiderstandskämpferInnen und PartisanInnen, KommunistInnen und SozialdemokratInnen, ZwangsarbeiterInnen, Kriegsgefangenen und anderen Menschen aus den von der Wehrmacht eroberten Ländern relativiert werden soll.

Auch aus der Mitte des BürgerInnentums werden die Opfer gleichgesetzt oder wird gar unterstellt, Täter und Opfer seien austauschbar. Helmut Kohl, damals Bundeskanzler, und Ronald Reagan, damals US-Präsident, gedachten am 5. Mai 1985 in Bitburg nicht nur der Opfer aus dem KZ Bergen-Belsen, sondern ehrten auch gefallene deutsche Soldaten einschließlich der dort begrabenen Angehörigen der Waffen-SS.

VertreterInnen von Staat und Kapital, die sich einen fortschrittlichen Anstrich geben wollen, betonen die Differenz von bürgerlicher Demokratie und Faschismus und versuchen, ihre Relativierungen der Verbrechen in zweideutige Formulierungen zu verpacken.

Eine Wiedergutmachung des unbeschreiblichen Grauens ist nicht möglich. Aber die gesellschaftlichen Ursachen des Faschismus müssen beseitigt werden.

Die Entwertung des Menschen, wie sie im NS-Faschismus und in Auschwitz ihr schrecklichstes Ausmaß erreichte, ist in der kapitalistischen Produktionsweise selbst begründet. Im Mittelpunkt der kapitalistischen Produktionsweise steht das Verwertungsinteresse des Kapitals, das Ziel der Profitmaximierung, dem Mensch und Natur unterworfen werden müssen.



Kapitalistische Herrschaft kann verschiedene Formen annehmen, je nach historischer Situation kann sie auf Massenakzeptanz aufgebaut sein oder unabhängig davon funktionieren. Der Faschismus stellt dabei die Zuspitzung, die un-

menschlichste Form der bürgerlichen Herrschaft dar. Ob sie für das Kapital nötig ist, hängt vom Stand der Klassenkämpfe bzw. von den sozialen Auseinandersetzungen und vom erreichten Maß der Integration ab. Die Erscheinungsformen des Faschismus können sich mit der Entwicklung der Produktivkräfte ändern. Die im BürgerInnentum nach den Niederlagen des Faschismus vorherrschende Auffassung, mit liberaleren Formen, z. B. der repräsentativen Demokratie sei die Herrschaft effizienter zu gestalten, verliert heute wieder an Bedeutung. Die Entwicklung zu einer neuen, an die technischen und gesellschaftlichen Entwicklungen angepassten faschistischen Herrschaftsform verläuft widersprüchlich, ist nicht absolut und endgültig. Diese Veränderungen der Herrschaftsformen finden langfristig und bruchstückhaft dort statt, wo der Widerspruch bzw. der Widerstand am geringsten ist und schließen gegenläufige Tendenzen in anderen gesellschaftlichen Bereichen nicht aus.

Solange faschistische Strukturen im Kapitalismus nur unterschwellig, einzeln und unverbunden auftreten, bewirken sie noch keine alles umfassende faschistische Ordnung der kapitalistischen Verhältnisse. Es ist schwierig sich über den faschistoiden oder gar faschistischen Charakter einer Maßnahme oder eines Gesetzes zu verständigen, wenn die bürgerliche Demokratie anscheinend zivilisiert daherkommt und sich mit scheinbar moderner, sauberer Technik verbindet. Außerdem nützen – beschränkt betrachtet – die heutigen Überwachungstechnologien den Indivi-

duen bei der Bewältigung ihres immer verdichteteren und intensiver ausgebeuteten Alltags und helfen, ebenso oberflächlich betrachtet, die alltägliche Demütigung bzw. Unterdrückung zu verdrängen und scheinbar lustvoll zu kompensieren. Ignoriert wird dabei, dass das totalitäre Potenzial dieser Technologien das der Techniken des NS-Faschismus längst um ein vielfaches übersteigt.

Kapitalistische Konkurrenz und Leistungsdenken drücken sich in der Ellenbogengesellschaft aus, in der jede und jeder nur um den eigenen Vorteil kämpfen soll. Solidarität ist in der deutschen Sprache ein Fremdwort und es wird in der deutschen Gesellschaft zum immer fremderen Wort. Die in Lohnarbeit und in Arbeitslosigkeit Ausgebeuteten werden entsolidarisiert, sie werden als »Sozialschmarotzer« geschmäht oder rassistisch beleidigt, wenn es Menschen mit migrantischem Hintergrund sind oder Menschen, die nicht 'deutsch' genug aussehen – was immer das ist. Die kontinuierliche Hetze von oben hat die Betroffenen unten gespalten. Das macht immer härtere Repressionsmaßnahmen möglich, die manchmal sogar von den Unterdrückten gefordert wenigstens aber akzeptiert werden. Jedoch nur wenn Menschen solidarisch miteinander sind und sich in sozialen Kämpfen behaupten, können sie faschistoide Tendenzen abwehren und sich Freiräume eröffnen.

Aus der Mitte des BürgerInnentums kommen faschistische Tendenzen, die sich im wesentlichen nur dadurch von den Positionen der Neonazis unterscheiden, dass sie im Tonfall und in der Wortwahl in der Regel weniger aggressiv vorgetragen werden. Das heißt, die Neonazis sagen deutlicher und aufgrund der fehlenden rhetorischen Rücksichtnahme zuspitzter, was auch die ProtagonistInnen des deutsch-national-reaktionären Geschichtsrevisionismus aus der Mitte des BürgerInnentums denken, es sich aber so (noch) nicht (wieder) zu sagen trauen, weil sie auf ihr Image und ihre (internationalen) Geschäfte Rücksicht nehmen. Große Teile des Bürgertums drücken bei direkter Gewaltausübung der Neonazis beide Augen zu. Wenn es zu heftig wird sind Licherketten angesagt. Die *strukturelle* faschistische Gewalt kommt aus der Mitte des Bürgertums.

Um die Bewertung der Geschichte muss ein permanenter Kampf geführt werden. Wie in anderen sozialen Kämpfen ist nichts auf Dauer erreicht, was gegen das Kapital durchgesetzt werden musste.

»Gleichmacherei« ist in Deutschland eine Methode der Relativierung des NS-Faschismus. Opfer des industriellen Massenmordes in Auschwitz werden mit Opfern von Bombenangriffen der Alliierten gleichgesetzt. Die Sowjetunion wird durch die Gleichsetzung mit dem Deutschen Reich herabgewürdigt (Stichwort: Totalitarismus) anstatt ihre Rolle als Befreier vom NS-Faschismus zu würdigen. Während noch weihevollen Reden zum 60. Jahrestag des Kriegsende gehalten werden, wird längst versucht, die Opfer der Bomben der Alliierten gegen die Opfer der deutschen Vernichtungsmaschinerie aufzurechnen.

Die Rede des damaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker zum 8. Mai 1985 gilt der bürgerlichen Mitte als Musterbeispiel differenzierter Geschichtsbetrachtung, weil Weizsäcker feststellte, dass der 8. Mai ein Tag der Befreiung ist. Er tat dies aber indem er die Deutschen gleichzeitig in Opfer Hitlers verwardelte, – dem sie bei der Vernichtung der JüdInnen als Werkzeug dienten –, und zu Opfern der Alliierten: »Niemand will um dieser Befreiung willen vergessen, welche schweren Leiden für viele Menschen mit dem 8. Mai erst begannen und danach folgten. (...) Die anderen Völker wurden zunächst Opfer eines von Deutschland ausgehenden Krieges, bevor wir selbst zu Opfern unseres eigenen Krieges wurden. (...) Bei uns selbst wurde das Schwerste den Heimatvertriebenen abverlangt.«¹ JüdInnen und KZ-Opfer sind in dieser inhumanen Logik keine Deutschen und es ging ihnen besser als den so genannten Heimatvertriebenen. Eine grausame Verharmlosung.

Der Befreiung vom NS-Faschismus wird das Leid nichtjüdischer Deutscher gegenüber gestellt und auch so versucht, die Befreiung zur Niederlage umzudeuten. Völlig aus dem Blick geraten soll, dass das sogenannte deutsche Leid die Konsequenz für das mörderische Verhalten der überwältigenden Mehrheit der Deutschen war, und eine gerechte Strafe darstellte. Die Neonazis sprechen mit ihrem Motto für ihren Aufmarsch am 8. Mai 2005 in Berlin »60 Jahre Befreiungslüge – Schluss mit dem Schuld kult« nur offen aus, was viele in der Mitte der Gesellschaft denken. Der faschistische Aufmarsch sollte vom Alexanderplatz am Holocaust-Mahnmal vorbei und durchs Brandenburger Tor führen. Die neofaschistische Hetze gegen den angeblichen »Schuld kult« deckt sich mit der bürgerlichen Praxis, die darin bestand und besteht, eine wirkliche gesellschaftliche Aufarbeitung der Geschichte zu verhindern. Die Abgeordneten der neofaschistischen NPD verhöhnten im sächsischen Landtag die Opfer des NS-Faschismus. Sie verließen den Plenarsaal während einer Schweigeminute für die Opfer des NS-Faschismus und forderten stattdessen eine Schweigeminute für die Opfer der Luftangriffe auf Dresden. In der anschließenden Debatte relativierten sie den Massenmord an Millionen Juden und anderen NS-Opfern. Sie nannten die Angriffe auf Dresden »Bomben-Holocaust« und »kaltblütig geplanten, industriellen Massenmord«.

Als der Schriftsteller Martin Walser im Oktober 1998 den »Friedenspreis des deutschen Buchhandels« erhielt, polemisierte er in der Frankfurter Paulskirche in seiner antisemitischen Rede gegen die »unaufhörliche Präsentation unserer Schande« und gegen die Instrumentalisierung von Auschwitz zu »gegenwärtigen Zwecken«. Er plädierte für das Wegschauen und das Vergessen und unterstellte, die Erinnerung an Auschwitz sei »Drohoutine«, eine jederzeit einsetzbare »Moralkeule«. Konsequenter bezeichnete er das Holocaust-Mahnmal als »Betonierung des Zentrums der Hauptstadt mit einem fußballfeldgroßen Alptraum« und als »Monumentalisierung der Schande«² – als könnte ein Monument je größer sein als die mit Auschwitz verbundene Schande der deutschen TäterInnen.

Der Aufforderungen, endlich zu vergessen, und die Behauptung, in Wirklichkeit sei alles nicht so schlimm gewesen, sind nur zwei Seiten ein und derselben Absicht, den NS-Faschismus zu relativieren. In der im März 2005 vom Bundestag beschlossenen Neufassung des Versammlungsgesetzes, die neofaschistische Demonstrationen einschränken soll, wird der von den NS-FaschistInnen begangene Massenmord als »menschlich unwürdige Behandlung« verharmlost.³ Die größte Bedrohung der Freiheit geht heute nicht von Knobelbecher-NeofaschistInnen aus. Menschen ausländischer Herkunft begegnen mörderischem Rassismus zum Beispiel in Springerstiefeln, aber noch häufiger in Gestalt des Alltagsrassismus der Skins in Schlips und Kragen, Anzug und Kostüm, in Firmen und in staatlichen und städtischen Institutionen.

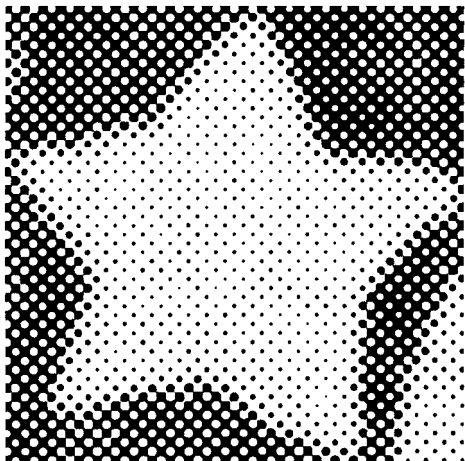
Rassistische Ausgrenzung ist ein Wesensmerkmal der Festung EU-Europa. Ob Menschen herein dürfen hängt ab von ihrer Vernutzbarkeit fürs Kapital. Faschismus braucht heute keine Uniformen. Er kommt wissenschaftlich und im weißen Kittel daher und hat dabei die gleiche unmenschliche, vernichtende Wirkung. Entwicklungen von Technik und Wissenschaft, die tödliche Konsequenzen haben, werden oftmals von sogenannten (Bio)Ethikkommissionen begleitet. Wie der NS-Faschismus den kapitalistischen Produktionsverhältnissen in einer Phase der deutschen Kriegswirtschaft entsprach, so entspricht heute die faschistoide Tendenz insbesondere in den kapitalistischen Zentren den veränderten, sich fortentwickelnden Produktivkräften, die menschenvernichtendes Denken erzwingen. Das alte Menschenbild der bürgerlichen Aufklärung und der Französischen Revolution mit seinem individuellen Freiheitsversprechen

Sowohl NS-Faschismus wie **Technofaschismus** sind totalitäre kapitalistische Herrschaftsformen. Der Technofaschismus zeichnet sich durch eine totale Unterwerfung aller Menschen bis in den letzten Winkel des Alltags aus. Dieses allumfassende Potenzial von Überwachung und Lenkung wird nahezu unsichtbarer Normalzustand von Unterdrückung und Selektion, übertüncht durch tatsächliche und scheinbare Erleichterungen bei Arbeit und Konsum. Im Gegensatz dazu konnten im NS-Faschismus die Repressionen und die Vernichtung von Menschen, vor allem die millionenfache Verschleppung und industriell organisierte Ermordung von JüdInnen wahrgenommen werden.

Der Technofaschismus wäre eine Herrschaftsform des Kapitals, die auf dem *im Kapitalismus* nicht aufhebbaren, alle Lebensbereiche durchziehenden Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital beruht. Aber die Totalität von Integration, Repression, Unterdrückung und Vernichtung durch die herrschende Klasse wird in immer neuer Weise durchbrochen: der Grundwiderspruch ermöglicht objektive und subjektive Widerstandsgrundlagen, verhilft Menschen zu Erkenntnissen und zu Handlungsspielräumen, kann aber schließlich nur durch eine soziale Revolution überwunden werden.

steht dabei im Weg, denn es schuf Werte, die heute die Weiterentwicklung der Produktivkräfte behindern.

Die Entwicklung der Destruktivkräfte Atomtechnologie und Gentechnologie ist unvereinbar mit der Würde des Menschen als selbstbestimmtem sozialen Wesen. Mit dem Einsatz dieser Destruktivkräfte, der unbeherrschbaren Atomtechnologie und dem unberechenbaren, sich selbst vermehrenden Risiko der Gentechnologie, – in letzterer ist außerdem das Potenzial zur Selektion von



Menschen enthalten –, schafft das Kapital totalitäre gesellschaftliche Strukturen, die sich letztlich gegen jedes demokratische und soziale Menschenrecht, gegen die Freiheit und gegen die soziale Gleichheit von Menschen richten.

Diese auf Technikentwicklung basierende mögliche totalitäre Herrschaftsform des Kapitalismus in Staaten mit repräsentativer scheidendemokratischer Fassade, die ohne politisch-rechtlichen Legalitätsbruch bei Bedarf in den Ausnahmezustand übergehen können, ist **Technofaschismus**.

Am Beginn seiner Herrschaft musste das Bürgertum zur Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse das Individuum erst aus den Abhängigkeits- und Zwangsverhältnissen der feudalen Gesellschaft befreien. Da die ArbeiterInnen aber keine Produktionsmittel besitzen, sind sie davon abhängig ihre Arbeitskraft dem Kapital für Lohn zu verkaufen. Soziale Ungleichheit ist die Grundlage für die Profitmaximierung des Kapitals. Im Widerspruch dazu galt aber das Freiheitsversprechen nach Abschaffung des Feudalismus scheinbar für alle gleichermaßen: für Lohnabhängige und für die Bourgeoisie. Dem Kampf der Lohnabhängigen darum, dass die Versprechen wenigstens zu einem kleinen Teil eingelöst werden, steht der Brutalität des Verwertungsinteresses des Kapitals entgegen.

Mit der Gentechnologie zielt das Kapital nicht mehr nur auf die Ausbeutung der Ware Arbeitskraft, sondern auf die stoffliche Seite des Körpers der Menschen. Sie werden zur Ressource, zum Produktionsmittel. Menschliche Zellen, Stoffwechselprozesse, Organe werden zum Rohstoff des Produktionsprozesses (z. B. beim Klonen), die Planungen von Menschenzucht – nicht nur der NS-FaschistInnen – gewinnen mit der Bioethik Konturen. Die Bioethik dient als Legitimationswissenschaft für die Gen- und

Reproduktionstechnologie und wurde zu einer modernen Form der NS-Rassenhygiene.

BioethikerInnen erklären im Auftrag des Staates, – der als Handlanger des Kapitals zu dessen Gunsten Kosten sparen will –, warum bei kranken Menschen lebenserhaltende Maßnahmen beendet werden sollen (sogenannte passive Sterbehilfe), und warum die sogenannte aktive Sterbehilfe, die gezielte Tötung von Kranken, erlaubt werden soll. Die Euthanasie, der Mord, wird als »humanes Sterben« verbrämt, das angeblich unnötige Qualen der PatientInnen beenden soll. Das ist so verlogen und inhuman wie eine »humanitäre Intervention« eben doch nichts anderes als eine mörderische Kampfhandlung oder ein Krieg ist. Die Entscheidungen, Therapien und lebenserhaltende oder -verlängernde Maßnahmen bei Kranken zu versagen, sind dem technokratischen Prinzip der Kosten-Nutzen-Abwägung unterworfen und werden mit dem Interesse der Allgemeinheit gerechtfertigt. Das erkämpfte Menschenrecht auf Leben, die Abschaffung der Todesstrafe als humaner Fortschritt – zumindest im kapitalistischen Zentrum EU-Europa –, wird so wieder entwertet. Auf die Menschen wird mit allen Mitteln kapitalistischer Propaganda so lange eingehämmert bis sie glauben faschistoide Maßnahmen und eine Gesellschaft, die sie anwendet, seien normal.

Die Entwertung des Menschen wird mit der Bioethik auch dadurch vorangetrieben, dass als lebenswert nur gilt, wer nützlich ist und dem kapitalistischen Verwertungsinteresse unterworfen werden kann. Abweichendes soziales Verhalten gerät ebenso ins Visier der mörderischen Bioethik wie Kranke, Alte, Behinderte. Die Grenzen, in denen Euthanasie erlaubt wird, werden systematisch gedehnt. Nur wer seine Arbeitskraft noch als Ware zu Markte tragen kann, soll ein Recht auf Unterstützung und auf medizinische (Reparatur)Leistungen haben. Menschen die Widerstand leisten, werden viel zu oft schon als psychisch krank stigmatisiert.

Der Preis der Ware Arbeitskraft wird immer weiter unter ihren Wert gedrückt; so genannte Niedriglohnsektoren ständig ausgeweitet. Die Einführung von Zwangsarbeit für Erwerbslose ist sozialer Terror und knüpft an den Reichsarbeitsdienst an. Dass Menschen zur Arbeit gezwungen werden sollen, ist heute wieder mehrheitsfähig. Die Zwangsarbeitskonzepte werden von der deutschen Einheitspartei von SPD/Grünen/CDU/CSU/FDP bis hin zur PDS getragen.

Die weltweite Ausbeutung der unterentwickelten gehaltenen Länder des Trikont, der sogenannten Dritten Welt, wie die vieler Länder des ehemaligen RGW-Blocks nimmt wieder kriegerische Züge an. Um die imperialistischen Interessen Deutschlands durchzusetzen wurde und wird die Bundeswehr zur weltweiten Interventionsarmee umgeformt und modernisiert, ihre Mitglieder indoktriniert und ideologisch brutalisiert. Das gilt nicht mehr nur für das *Kommando Spezialkräfte* (KSK), das geheim operierende Mordkommando der Bundeswehr, das jahrelang von Reinhard Günzel, der offen rechtsextremistische Positionen vertritt, auch nach den Methoden der Waffen-SS

kommandiert wurde⁴. Die besondere inhumane Qualität des KSK soll auf die ganze Bundeswehr ausgeweitet werden. Heeresinspekteur Generalmajor Budde demonstrierte am 29. Februar 2004 sein faschistoides Denken als er verlangte: »Wir brauchen den archaischen Kämpfer« – also völlig enthemmte Krieger mit animalischen Eigenschaften – »und den, der den High-Tech-Krieg führen kann«⁵.

Längst ist in der Bundeswehr ein »Kämpfer-Kult« etabliert, der die Kriegstüchtigkeit der Bundeswehr als Maß aller Dinge definiert. Der »allzeit bereite, selbstlos dienende und unbedingt gehorchende Kämpfertyp wird zur fraglos akzeptierten Norm«, stellt das *Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik* an der Universität Hamburg in einer Anfang 2004 veröffentlichten Studie fest.⁶ Diese enthemmte Militarisation soll Seite an Seite mit einer Einschränkung des Grundrechts auf Meinungsfreiheit marschieren: Der ehemalige Heeresinspekteur Gudera forderte, die »Diskriminierung« »Soldaten sind Mörder« bis zum 50jährigen Jubiläum der Bundeswehr zu beenden.⁷

Dass Foltern und Gefoltertwerden bei imperialistischen Kriegseinsätzen zum Repertoire der SoldatInnen gehört, wird unausgesprochen akzeptiert. Den SoldatInnen wird vermittelt, dass es »keinen Freibrief« dafür gibt, »schon bei der leisesten Andeutung von Folter sein Wissen oder sich selbst preiszugeben«. Stattdessen soll der Soldat »auf die schnelle Regenerationsfähigkeit des eigenen Körpers vertrauen, die erfahrungsgemäß immer unterschätzt wird«.⁸

Im Gegensatz zur Tradition der Französischen Revolution, nach der auch die in ihr gewährten Freiheitsrechte der Menschen den Wert einer Verfassung ausmachen, ist die EU-Verfassung eine Kriegsverfassung. Vorrangiges Ziel ist es, die Kriegsfähigkeit des kapitalistischen Zentrums EU-Europa auszubauen und weltweite imperialistische Kriege zu rechtfertigen.

Die imperialistischen Ambitionen wie sie von der Friedrich-Ebert-Stiftung der SPD und so genannten, vom deutschen Staat finanzierten, »raumwissenschaftlichen Forschungseinrichtungen« vertreten werden, tragen faschistoide Züge und erinnern an das »Lebensraum«-Konzept der Nazis.⁹

Um den imperialistischen NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien zu rechtfertigen, relativierte Außenkriegsminister Joseph Fischer mit seiner Lüge, die Vorgänge im Kosovo ähnelten denen in Auschwitz, den Massenmord an Millionen von Menschen. Die Relativierung von Auschwitz mit der Absicht, einen imperialistischen Krieg zu rechtfertigen stellte eine Zäsur in der Nachkriegsgeschichte der BRD dar, wie kein Neonazi sie je hätte durchsetzen können.

Die Historisierung der Naziverbrechen in den Medien, d.h. das Versenken des NS-Faschismus als *erledigtes* Kapitel der Zeitgeschichte in den Geschichtsbüchern, dient heute einerseits dazu, offener faschistisch agieren zu können. Auf der anderen Seite wird die deutsche Schuld an Krieg, Folter, Konzentrationslagern und Gaskammern

verwischt, indem überall dort die vermeintlich drohende Wiederkehr von Auschwitz heraufbeschworen wird, wo ein imperialistischer Krieg geführt werden soll.

Die Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnologie unterwirft die Menschen Schritt für Schritt einer allumfassenden Kontrolle und Bespitzelung ihres gesamten Alltags. Es betrifft allmählich alle Lebensbereiche und alle Lebensäußerungen. Bank-, Scheck- und Gesundheitskarten, über Handys, Satellitennavigationssysteme, E-Mails und Internet, machen das Leben gerade in Zeiten der Ausweitung intensiver und extensiver Ausbeutung teilweise leichter, bequemer und eröffnen den Herrschenden gleichzeitig vielfältige Möglichkeiten der sozialen Kontrolle. Selbst Sendechips (RFIDs), mit denen zum Beispiel biometrische Daten auf Ausweispapieren gespeichert werden sollen, werden als Erleichterung etwa beim Einchecken am Flughafen angesehen. Die gesundheitsschädlichen Auswirkungen von Elektrosmog werden bagatellisiert.

Die Welt der Waren ist mit positiven Emotionen besetzt. Waren dienen als Ersatz, als Trostpflaster für die geraubte Möglichkeit, selbstbestimmt zu leben, sich frei entfalten zu können. Waren (»Mein Auto, mein Handy, mein iPod ...«) wirken identitätsstiftend. Der Eindruck, dass einem oder einer etwas selbst gehört, verschleiert, wie abhängig die Benutzung der Gegenstände von den kapitalistischen Rahmenbedingungen ist: Spätestens wenn die Telefonrechnung nicht bezahlt wird, werden die vermeintlich selbstbestimmten Drähte zur Außenwelt blitzschnell gekappt, nicht zuletzt zum *world wide web*.

Dabei verändern die Vorgaben der Technik die Form der Kommunikation der Menschen untereinander. Wer nicht mitmacht, kein Handy und keinen Internetzugang besitzt, wird von der Gemeinschaft ausgeschlossen und isoliert. Diesem Zwang der Verhältnisse kann mensch sich kaum entziehen. Die Argumente, mit denen die Techniken durchgesetzt werden entsprechen der Rationalität kapitalistischer Verwertungslogik: Verfügbarkeit, Flexibilität, Erreichbarkeit, Geschwindigkeit, Effektivität. Staat und Kapital schaffen eine Akzeptanz für Überwachungsmaßnahmen wie Lauschangriffe jeder Art bis in die Wohnung, für digitale Videoüberwachung des gesamten öffentlichen Raums, biometrische Totalüberwachung, elektronische Überwachung des Arbeitsalltages und Kontrolle des Konsumverhaltens zwecks Optimierung bestimmter Absatzmärkte – die Menschen werden zum bloßen gläsernen Objekt des kapitalistischen Verwertungsinteresses.

Angeblich gilt im bürgerlichen Rechtsstaat die Unschuldsumsetzung. Die technischen Möglichkeiten der DNA-Analyse – zum Beispiel die Methode des *genetischen screenings* – werden zur Umkehrung der Unschuldsumsetzung genutzt. Menschen müssen beweisen, dass sie unschuldig sind, nicht Staat und Polizei, dass sie schuldig sind. Die gleiche Logik liegt in der Vernichtung von Privatsphäre beispielsweise durch die flächendeckende Videoüberwachung. Potenziell ist jede und jeder verdächtig und muss

erfasst und überwacht werden, ein charakteristisches Merkmal von Diktaturen.

Die mit der unveräußerlichen Würde des Menschen verbundene informationelle Selbstbestimmung als das Recht, selbst darüber zu entscheiden, wie und wann Informationen über den persönlichen Lebensbereich anderen bekannt werden, wird weggefeht. Nach einer DNA-Analyse wissen die Herrschenden über spezifische Eigenschaften eines Menschen, zum Beispiel über die Möglichkeit, bestimmte Krankheiten zu bekommen, besser Bescheid als die Betroffenen.

Die Abschaffung von Grundrechten wird unter anderem damit verschleiert, dass glaubhaft gemacht wird, verfolgt werden nur die anderen. »Es betrifft mich ja nicht« ist die dumme, egoistische und unsolidarische Grundhaltung der Mehrheit.

Der Staat erhebt sich immer höher über die BürgerInnen. Staatsrechte zerbrenen immer heftiger Menschenrechte. Bundespräsident Horst Köhler unterzeichnete das neue Luftsicherheitsgesetz, obwohl selbst dieser antisoziale Hardliner es für möglich hält, dass das Gesetz verfassungswidrig ist. Es erlaubt dem Staat in bestimmten Situationen, entführte Passagierflugzeuge abzuschießen. Gerechtfertigt wird dies damit, die Flugzeuginsassen würden »mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit« (Otto Schily) sowieso sterben.¹⁰ Der jetzt in fast allen Bundesländern erlaubte gezielte Todesschuss von PolizeibeamtInnen ist noch ein Beispiel dafür, wie sich der Staat über das Menschenrecht auf Leben stellt.

Unter dem Vorwand, Naziaufmärsche besser verhindern zu können, weitet der Staat Demonstrationsverbote immer stärker aus. In der Praxis betreffen Demonstrationsverbote die Naziaufmärsche weniger als vielmehr – und so sind die Verbote gemeint – die Demonstrationen linksradikaler, antifaschistischer Gruppen und Bündnisse. Für diese gilt vielerorts in dieser »Demokratie« ein unausgesprochenes, faktisches Demonstrationsverbot. Die Herrschenden verfügen mit ihren demokratiefeindlichen Auflagen und inoffiziellen Banneilen um ihre Herrschaftseinrichtungen, dass Demonstrationen, die sie kritisieren, weit entfernt stattfinden, damit sie »vom Pöbel« nicht belästigt werden.

Antisemitische Stereotypen prägen die nationale Formierung, die sich im Interesse des Kapitals vollzieht. Auch wenn sich die Neonazis antikapitalistisch verkleiden, transportieren sie damit doch nur ihren Antisemitismus. Das klassische antisemitische Stereotyp vom angeblich guten (nationalen) produktiven Kapital und dem angeblich schlechten (internationalen) raffenden, jüdischen Finanzkapital ist in der Mitte des BürgerInnenentums fest verankert.

Ein Prozess der Faschisierung der Gesellschaft ist kein Automatismus. Solange Menschen solidarisch Widerstand leisten, bleiben dem kapitalistischen Verwertungsinteresse Schranken gesetzt. Gemeinsam können Vorstöße zur Entwertung des Menschen erfolgreich bekämpft werden.

Ökologische Linke

Kontakt & Information:

Bundeskontaktadresse

Manfred Zieran
Neuhofstr. 42
D-60318 Frankfurt/Main
Tel. +49/(0)69/59 92 70

Bundesbüro

Glauburgstr. 20
D-60318 Frankfurt/Main
Tel. +49/(0)69/77 63 74

Kontakt für den 1.+8. Mai in Berlin

Micky Haque
c/o Herbeck
Schwedter Str. 9
D-10119 Berlin
Tel. +49/(0)30/448 51 09

Auf der einen Seite ist es richtig und notwendig, neofaschistische Gruppen und Organisationen auf der Straße zu bekämpfen. Andererseits müssen wir faschistischem Gedankengut den Boden entziehen, indem wir gegen die Kapitalverwertung kämpfen und gegen die IdeologInnen und MitläuferInnen in der Mitte der Gesellschaft, sowohl in den staatlichen Strukturen als auch in der sogenannten guten Gesellschaft.

Wir müssen uns gemeinsam der Entwertung des Menschen widersetzen und ein humanes, freies, selbstbestimmtes Bild vom Menschen verteidigen. Dieser Kampf ist Teil des Kampfes für soziale Gleichheit und für eine umfassende soziale Emanzipation des Menschen, die die Abschaffung des Kapitalismus und auf diese Weise die Entwurzelung des Faschismus voraussetzt.

Stellungnahme des BundessprecherInnenrates (BSR) der Ökologischen Linken im April 2005

Anmerkungen:

- 1 Ansprache des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker am 8. Mai 1985 im Plenarsaal des Deutschen Bundestages zum 40. Jahrestag der Beendigung des Zweiten Weltkrieges, in: www.bundestag.de/parlament/geschichte/parlhist/dok26.html; gefunden am: 27.2.2005
- 2 Martin Walser »Dankesrede zur Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels«, Dokumentation, in: taz v. 12.10.1998
- 3 Gesetzesbeschluss des Deutschen Bundestags, Gesetz zur Änderung des Versammlungsgesetzes und des Strafgesetzbuches. Bundesrat, Drucksache 120/05 v. 11.3.2005
- 4 Barbara Bollwahn »Ein General wechselt die Front«, in: taz v. 24.5.2004. Günzel räumt im Gespräch mit der taz ein, dass er vom KSK eine Disziplin erwartet, die mit der der Waffen-SS vergleichbar ist.
- 5 *Welt am Sonntag* v. 29.2.2004
- 6 Dokumentiert in: *Frankfurter Rundschau* v. 11.3.2004
- 7 *Die Welt* v. 5.3.2004
- 8 Zentrum Innere Führung des Bundesministeriums der Verteidigung »Geiselnhaft und Gefangenschaft«, Arbeitspapier 4/96, 2. Auflage, Koblenz 2000; überarbeitete Version siehe auch: [www.german-foreign-policy.com/de/news/article/1099960362.php](http://64.233.183.104/search?q=cache:VRJUwPdIGIBJ:www.bund.de/nr_1138/Organisations/Bund/BR-Deutschland/UMVg/U/Zinfue/Stammdaten/Zentrum-Innere-Fuehrung-org.html+Geiselnhaft+und+Gefangenschaft+zentrum+innere+F%3C%BC%hrung&hl=de&ie=UTF-8; gefunden am: 17.4.20059 <i>Zur Friedrich Ebert-Stiftung:</i> Redaktion Informationen zur Deutschen Außenpolitik »Klartext«, <a href=) v. 9.11.2004.
Zu den »raumwissenschaftlichen Forschungseinrichtungen«: Redaktion Informationen zur Deutschen Außenpolitik »Hintergrundbericht: Das deutsche Netzwerk raumwissenschaftlicher Forschungseinrichtungen«, www.german-foreign-policy.com/de/news/article/1034799017.php v. 16.10.2002.
- 10 taz v. 13.1.2005